

p. D. 22.52 Iran (Irak)

p. B. 35.31 Pilatus

STH/mt p. B. 51.14.21.11

p. B. 75.21

Grüne Kopie

22. März 1985

Sa 27. März 85 12

GESPRAECHSPROTOKOLL

Besuch des USA-Sonderbotschafters Richard Fairbanks  
bei Staatssekretär Brunner (11. März 1985)

Fairbanks (F), begleitet von den Sachverständigen und Assistenten John Stimpel und Charles Patrizia sowie den Botschaftsvertretern Shinn und Nesbit, wurde von Staatssekretär Brunner auf seinen Wunsch zu einer einstündigen Arbeitssitzung empfangen, gefolgt von einem gemeinsamen Mittagessen. Schweizerischerseits wohnten auch Botschafter Muheim sowie die Herren Strauch, Schaller, Speck und Loretan der Unterredung bei.

BRE legte einleitend die bekannten grossen Züge unserer Politik im irakisch-iranischen Konflikt sowie im Nahostkonflikt dar. F, der vorhergehend in gleicher Angelegenheit Spanien, Portugal und Italien besucht hatte und von bevorstehenden Besuchen in Paris und London sprach, legte unter Zuhilfenahme von Karten die amerikanische Besorgnis über das Fortdauern des irakisch-iranischen Konfliktes dar. Er wies auf die Gefahr der Ausbreitung islamisch-fundamentalistischer Strömungen, namentlich für die im Gulf Co-operation Council zusammengeschlossenen Staaten hin und unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung der berührten Region für die freie Weltwirtschaft.

In militärischer Hinsicht sei ein Ende des Konflikts nicht abzusehen. Iran habe nicht die Kraft und Irak nicht den Willen, die Mittel einzusetzen, die zu einem militärischen Sieg nötig wären. Unter diesen Umständen sei mit einer Fortdauer der Kämpfe zu rechnen, mit gelegentlichem mehr oder weniger heftigem Aufwallen. Die irakische Ueberlegenheit betrage im Luftwaffenbereich 5 : 1, im Panzerbereich 4 : 1 und auf dem Artilleriesektor 3 : 1. Mit der Schaffung verbesserter Ausfuhrmög-

lichkeiten für sein Erdöl werde auch die Wirtschaft des Irak nach aufwärts zeigen, währenddem jene des Iran, durch die Revolution bereits geschwächt, durch die Fortdauer des militärischen Konflikts empfindlich getroffen wurde.

Die irakischen Angriffe auf die Schifffahrt hätten allerdings den Oelexport nicht entscheidend beeinträchtigt. Bisher habe Iran zwei Attacken mit einer Gegenattacke auf Schiffsziele beantwortet. In neuester Zeit habe Iran auch eigene Initiativen entwickelt.

Gesamthaft müssten die Aussichten auf Frieden pessimistisch beurteilt werden, auch wenn die irakischen Friedensbeteuerungen als echt beurteilt werden könnten. Iran halte aber unvermindert an seinen Maximalforderungen fest. Einziger Lichtblick seien die in der iranischen Führung geführten Diskussionen, wobei vor allem die militärischen Verantwortlichen darauf hinzuweisen versuchten, dass der Iran die Mittel nicht habe, um einen Sieg zu erzwingen.

Bei dieser Lage hätten sich die USA entschlossen, weiterhin keiner der beiden Parteien Waffen zu liefern. Dies beziehe sich auch auf die Lieferung von Ersatzteilen, die, was den Iran betreffe, ohnehin am Embargo scheitern müssten. Auch für Lieferungen an den Irak fehle es an der Rechtsgrundlage.

Iran sei es gelungen, für 1,3 Milliarden Dollar routinemässige Ersatzteillieferungen aus dem Ostblock (vor allem Nordkorea) zu erhalten, was Gegenstand der kürzlichen Wiener Gespräche Murphy-Poliakoff gebildet habe. Im übrigen sei Iran auf den Sekundärmarkt angewiesen. In dieser Hinsicht seien auch einzelne Amerikaner tätig gewesen, was einzelnen Strafverfahren eingetragen habe.

Amerikanische Abklärungen hätten ergeben, dass die Bundesrepublik zwar die für Iran im Auftrag gebauten Untersee-

boote weiterhin in Arbeit habe, dass aber mit einer Auslieferung nicht vor einigen Jahren zu rechnen sei. Höchste israelische Stellen hätten zugesichert, dass seit 1982 keinerlei Kriegsmaterial mehr an Iran geliefert werde. Andere Regierungen (Italien, Spanien) hätten allerdings darauf hingewiesen, dass sie zur Aufrechterhaltung ihrer Gesamtausfuhren in den Iran nicht auf gewisse Lieferungen von Kriegsmaterial verzichten könnten.

Nach diesen Darlegungen kam F. dann erwartungsgemäss auf sein Hauptanliegen für den Besuch zu sprechen:

Die von der Schweiz an Iran gelieferten PC-7 seien die einzigen Maschinen, die Iran seit Kriegsbeginn für seine Luftwaffe habe bekommen können. Angesichts seiner Unterlegenheit im Luftkampf sei die Gefahr gross, dass Iran versucht sein könnte, die PC-7 zu missbrauchen und zum Beispiel als Kamikaze-Jäger einzusetzen. Leider lägen Anzeichen für eine solche Entwicklung vor. Auch sei behauptet worden, ein kuwaitischer Tanker sei von einem iranischen PC-7 angegriffen worden. Ein gültiger Beweis dafür liege allerdings nicht vor. Die seitens der Schweiz gegebene Problematik, was die Qualifizierung des PC-7 angehe, sei in Washington aus den Berichten der Botschaft bekannt. In dieser Hinsicht würde man es begrüssen, wenn der Export nach Iran nur unter der Auflage gestattet werden könnte, dass die Flugzeuge für nichtmilitärische Zwecke verwendet würden. Eine Parallele dazu gebe es für die Lieferung amerikanischer Zivilhelikopter an den Irak.

BRE legte in seiner Antwort dar, dass auch wir kein Ende des Krieges sähen. Im Gegenteil deute alles auf eine neue Eskalation hin. Die Beendigung des Krieges sei schon deswegen schwierig, weil er der iranischen Führung diene, die Macht zu festigen. Die Frage, ob der Tod Khomeinis (den F. in einigen Monaten für möglich hält) eine Aenderung bewirken könnte, kann nicht beantwortet werden. Das Regime scheint konsolidiert und im wirtschaftlichen Bereich ist ein Abrücken von sozialistischen Formen zu beobachten. Die Haltung der Armee bleibe die einzige Unbekannte. Eine Basis für die Ingangsetzung eines Friedenspro-

zesses vermöchten auch wir nicht zu erkennen.

Was den PC-7 angehe, so werde das Problem, das sich übrigens bereits früher, so in Guatemala gestellt habe, von der Schweiz sehr ernst genommen. Beide Kriegsparteien hätten in etwa die gleiche Zahl Maschinen erhalten. Der PC-7 verlässt die Schweiz nicht als Militärflugzeug. Im Ausland vorgenommene Transformationen entgehen unserer rechtlichen Einwirkungsmöglichkeit. Unser Kriegsmaterialgesetz bezieht sich nicht auf ausländische Produkte, auch wenn diese mit schweizerischer Technologie hergestellt wurden. Der aussenpolitische Aspekt ist nicht der einzige, der für den Bundesrat bei der Entscheidungsbildung in Betracht fällt. Rechtliche Ueberlegungen, beschäftigungspolitische Argumente und das Interesse unserer Armee an der Aufrechterhaltung einer eigenständigen Technologie im Flugzeugbereich werden die Entscheidung des Bundesrates mitbeeinflussen.

F. bekundet Verständnis für die schweizerische Position und lässt durchblicken, dass die USA sich um Beweise bemühen würden, was den militärischen Einsatz des PC-7 durch den Iran betreffe und sich vorbehalte, allenfalls bei den Ländern (Belgien) zu intervenieren, bei denen Umbauten vorgenommen wurden oder werden könnten.

Anmerkung der Redaktion:

Während dieses Gesprächs entschied der Bundesrat in seiner gleichzeitig abgehaltenen Sitzung, an der bisherigen Ausfuhrpolitik hinsichtlich des PC-7 festzuhalten. Eine amerikanische Reaktion hierauf ist bis jetzt nicht zu verzeichnen.


Während des Mittagessens drehte sich das Gespräch mehr um die jüngste Entwicklung der Nahostfrage.

F. informierte über die eher bescheidenen Ergebnisse der sowjetisch-amerikanischen Gespräche in Wien, äusserte sich eher zuversichtlich über die Aussichten Peres, über längere Zeit hin-

- 5 -

weg die israelische Politik bestimmen zu können, bezweifelte eine amerikanische Initiative in der Palästinafrage, da der Ball eher bei den Arabern liege, die sich untereinander erst auf eine Formel einigen müssten.

Obwohl Arafat 90 % der palästinensischen Bevölkerung, auch in den besetzten Gebieten, hinter sich habe, komme ein US-Kontakt zur PLO nicht in Frage ohne formelle Anerkennung der Res. 242 des Sicherheitsrates durch Arafat. Der Kontakt zur PLO werde somit weiterhin den Europäern überlassen bleiben. Hinsichtlich des Libanons zeigte sich F. überzeugt, dass Israel sich ganz hinter die internationale Grenze zurückziehen werde. Präsident Assads Politik hält F. für vom nationalen syrischen Interesse diktiert. Syrien sei kein sowjetischer Vasall.



H. Strauch

Sa 27. März 85 12

Verteiler:

- Sekretariat des Departementschefs
- Herr Staatssekretär E. Brunner
- Herr Botschafter F. Muheim
- Herr Botschafter F. Pianca
- Herr Botschafter P. Wipfli
- Herr Botschafter J.-P. Ritter
- Herr Botschafter P.A. Ramseyer
- Herr R. Schaller
  
- Schweizerische Botschaft Washington
- Schweizerische Botschaft Bagdad
- Schweizerische Botschaft Teheran